

Hundert Jahre

# Rathaus-Korrespondenz

1861 - 1961

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 15. Dezember 1961

Blatt 2765

Geehrte Redaktion!

=====

Wegen des 24stündigen Streiks der Journalisten ist gestern der Bericht über die Debatte zur Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, ausgefallen. Das heute vormittag gehaltene Referat über die Ansätze der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, bringen wir - da es schriftlich vorlag - nachträglich, den Bericht über die anschließende Debatte beginnend mit 12 Uhr mittag.

---

Ansätze der Gruppe Wohlfahrtswesen einstimmig angenommen

=====

15. Dezember (RK) Am Schluß der gestrigen Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, einstimmig angenommen.

---

Fachbeirat für Stadtplanung tritt nicht zurück  
=====Prof. Rainer wollte niemanden herabsetzen

15. Dezember (RK) In den letzten beiden Wochen sind in verschiedenen Zeitungsartikeln, die weder aus offiziellen noch offiziösen Quellen der Stadtverwaltung stammen, verschiedene Ansichten, Gerüchte und Kombinationen im Zusammenhang mit den Rücktrittserklärungen der Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung enthalten gewesen, die einer eindeutigen Klarstellung bedürfen.

Dazu erhält die "Rathaus-Korrespondenz" vom Amtsführenden Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller folgende Stellungnahme:

Der Fachbeirat für Stadtplanung übt seine Tätigkeit auf Grund einer zwingenden gesetzlichen Bestimmung, nämlich der Bauordnung für Wien, aus und hat die Aufgabe, alle vom Magistrat ausgearbeiteten Entwürfe für die Festsetzung oder Abänderung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sowie für die Verhängung von Bausperren vor der Antragstellung an den Gemeinderat zu begutachten.

Darüber hinaus wird der Fachbeirat auf Grund einer weiteren Gesetzesbestimmung mit der Begutachtung einzelner Bauvorhaben befaßt, die von maßgeblichem Einfluß auf das Stadtbild sind.

Die Mitglieder des Fachbeirates werden auf Grund des Gesetzes vom Bürgermeister aus Dreivorschlägen verschiedener, von der Stadtverwaltung völlig unabhängiger Gremien berufen; die Tätigkeit der Mitglieder des Fachbeirates ist ehrenamtlich und gleichfalls von der Gemeindeverwaltung völlig unabhängig; auf Grund der Bestimmungen über ihre Zusammensetzung stellt diese Institution **ein wichtiges und in jeder Hinsicht nach demokratischen Grundsätzen zusammengesetztes** Gremium dar, das seine Tätigkeit im öffentlichen Interesse ausübt. Die Behauptung, daß sich der achtgliedrige Fachbeirat, von einem Mitglied abgesehen, aus Nichtfachleuten zusammensetze, geht völlig an der Tatsache vorbei, daß der Sinn und Zweck dieser Institution nicht darin besteht, ein Gremium von Stadtplanungsfachleuten tätig werden zu lassen, sondern ein Organ zu schaffen, das aus Fachleuten verschiedener Spezialgebiete zusammengesetzt in Zusammen-

arbeit die Auswirkungen der Anträge auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, nämlich auf das Bauwesen, auf das Denkmalwesen, auf die Grundabteilungen, auf die Volkshygiene und auf das Verkehrswesen zu beurteilen vermag.

Die gegen die Mitglieder des Fachbeirates erhobenen Vorwürfe, daß sie keine Fachleute seien, gehen also völlig daneben, denn ihre Aufgabe ist es, von ihrem speziellen Fachstandpunkt aus zu den Problemen der Stadtplanung Stellung zu nehmen.

Die Mitglieder des Fachbeirates wurden vom Bürgermeister zuletzt im Mai 1960 berufen. Seither sind sie ihren verantwortungsvollen Aufgaben mit Hingabe und völliger Objektivität nachgekommen, sodaß ihnen die Stadtverwaltung für diese aufopferungsvolle und undankbare, weil optisch nach außen weniger in Erscheinung tretende Tätigkeit, vollen Dank und Anerkennung schuldet. Die Stadtverwaltung bringt allen Mitgliedern des Fachbeirates das vollste Vertrauen entgegen und muß sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Angriff auf diese Institution und deren Mitglieder verwahren. Gerade im Hinblick auf die demokratische Zusammensetzung des Fachbeirates erschiene es sehr bedenklich, auf diese Institution zu verzichten, die vom Gesetzgeber als wirksame und demokratische Kontrolle der Planungsabsichten der Stadtverwaltung eingesetzt wurde.

Es ist befremdend, wenn gegen die Mitglieder des Fachbeirates der Vorwurf erhoben wird, "daß nicht einer der acht Mitglieder des Fachbeirates im Rufe steht, dem Stadtplaner günstig gesinnt zu sein". Die in diesem Vorwurf enthaltene Unterstellung, nicht sachliche Gründe, sondern Sympathie oder Antipathie sprechen zu lassen, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Es wäre um die öffentlichen Angelegenheiten sehr schlecht bestellt, würde nicht nach dem Grundsatz gehandelt werden, daß die Stellungnahmen und Entscheidungen nach sachlichen Gesichtspunkten und ohne Ansehung der Person zu treffen sind. Es ist selbstverständlich, daß sowohl der Fachbeirat als auch die Gemeindeverwaltung selbst großen Wert darauf legen, daß seine Stellungnahmen nicht von der Wohlmeinung zu irgendeiner Person, sondern von rein sachlichen Erwägungen bestimmt werden.

Obwohl die Gemeindeverwaltung im Hinblick auf die gegebenen Umstände für die Rücktrittserklärungen der Mitglieder des Fach-

beirates Verständnis haben mußte, hat sie an die Herren das Ersuchen gerichtet, im Fachbeirat in seiner bisherigen Zusammensetzung weiter tätig zu bleiben.

Stadtplaner Prof. Dr. Rainer erklärt in diesem Zusammenhang, er habe weder in seinem Rundfunk-Interview noch in seinen Ausführungen vor dem Wiener Gemeinderat beabsichtigt, den Fachbeirat für Stadtplanung als Institution zu kritisieren oder seine Mitglieder persönlich herabzusetzen, sondern er habe vielmehr wiederholt darauf hingewiesen, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen die Voraussetzung für die Verwirklichung der städtebaulichen Ziele bilde.

Abschließend teilte Stadtrat Heller mit, daß sich die Mitglieder des Fachbeirates im Hinblick auf die erfolgten Klarstellungen unklarer und die Zurückweisung unrichtiger Mitteilungen über den Fachbeirat als Institution und seine Mitglieder bereit erklärt haben, ihre Rücktrittserklärungen wieder zurückzuziehen. Die Stadtverwaltung wird in Hinkunft jedem unobjektiven Angriff gegen den Fachbeirat oder seine Mitglieder mit aller Entschiedenheit entgentreten.

- - -

Ergänzungen des Terminkalenders für Berichterstatter  
=====

15. Dezember (RK) Morgen, Samstag, den 16. Dezember, beginnt die Budgetsitzung des Wiener Gemeinderates (Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten; Referent Stadtrat Heller) nicht um 9 Uhr, sondern bereits um 8.30 Uhr.

Um etwa 16 Uhr (im Anschluß an die Eröffnung der Heiligenstädter Brücke wird Bürgermeister Jonas Ecke Gürtel-Döblinger Hauptstraße die Sperren entfernen und den an diesem Tag fertig werdenden äußeren Währinger Gürtel dem Verkehr übergeben.

- - -

Vom 18. bis 29. Dezember bleiben die Stadtkassen geschlossen  
=====

15. Dezember (RK) In der Zeit vom 18. bis einschließlich 29. Dezember 1961 bleiben die Stadtkassen für den Parteienverkehr geschlossen. In dieser Zeit sind unter Heranziehung aller Arbeitskräfte die Salden der Konten zu überprüfen und die Dauergebühren vorzutragen. Die Erledigung der übrigen Geschäfte bleibt auf unaufschiebbare Fälle beschränkt.

- - -

Im Jänner wird über Alweg-Bahn weiterverhandelt  
=====

15. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz der Stadträte Heller und Schwaiger und im Beisein des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke, des Stadtbaudirektors und des Direktors der Wiener Verkehrsbetriebe, begannen gestern die Verhandlungen mit der Alweg Ges.m.b.H. über die mit der Errichtung einer Alwegstrecke in Wien zusammenhängenden technischen Probleme. Die Verhandlungen werden nach eingehendem Studium im Jänner des kommenden Jahres fortgesetzt werden.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
=====

15. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 19. Dezember:

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1.

17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

Mittwoch, 20. Dezember:

16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Aus der Debatte über das Gesundheitswesen  
=====

15. Dezember (RK) GR. Josef Bauer (ÖVP) ersuchte den Gemeinderat, sein Augenmerk auf die Notwendigkeit eines neuen Krankenhauses im Gebiet nordöstlich der Donau zu richten. Er regt an, man möge sich schon jetzt nach einem günstigen Standort umsehen.

Zum Kapitel Altersheime bemerkt er, daß die gegenwärtige Zahl der Betten längst nicht mehr den Anforderungen entspreche. Wien verfügt gegenwärtig über 6.225 Betten in städtischen Altersheimen und über etwa 2.000 Betten in privaten Heimen für alte Menschen. Seiner Meinung nach fehlen in Wien 3.000 Altersheimbetten. 90 Prozent aller Altersheiminsassen seien krank. Unsere Altersheime sind somit zu Alterskrankenhäusern geworden und sie müßten daher dementsprechend umgestaltet werden. Ihre Bauweise entspreche nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Wenn Stadtrat Maria Jacobi bei der Erläuterung der Ansätze ihrer Geschäftsgruppe erklärte, daß alte Menschen manchmal sehr schwer zu bewegen sind, in die Altersheime zu gehen, dann glaube er, daß das derzeitige Niveau unserer Heime dazu wesentlich beitrage. Er wisse, daß die Umgestaltung der Altersheime nicht sofort durchgeführt werden könne, doch müßte man schon jetzt mit dem Bau von modernen Heimen beginnen.

Der hohe Stand der Technik, führt er weiter aus, hat uns einen Lebensstandard gebracht, den wir uns vor zwei oder drei Jahrzehnten nicht vorstellen hätten können. Der rasante motorisierte Verkehr, die Benzindämpfe und die Staubentwicklung, blieben auf die Gesundheit der Menschen nicht ohne schädliche Auswirkungen. Beim Gesundheitsamt müßte daher ein Referat geschaffen werden, das sich ausschließlich mit den gesundheitsschädigenden Begleiterscheinungen des Großstadtverkehrs beschäftigen sollte. Ebenso wichtig wäre die Schaffung eines Herzzentrums. Er erinnert daran, daß seine Fraktion bereits die Errichtung eines solchen Herzzentrums angeregt habe und er richtet an den Referenten die Frage, was in dieser Angelegenheit bereits unternommen wurde. Seine Fraktion, erklärt er abschließend, werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe V zustimmen.

GR. Dr. Jakl (SPÖ) beschäftigt sich einleitend kurz mit den Debattebeiträgen der Redner der KLS und der FPÖ. Es sei das Recht der Opposition, erklärte er, die Steigerung der Ausgaben zu verlangen, es ist leider aber auch ihr Recht, sich nicht den Kopf darüber zerbrechen zu müssen, woher die Stadtverwaltung die hierfür notwendigen Mittel hernehmen soll. Die Kunst, unseren Kuchen zu vergrößern, sagt er, haben wir bis jetzt noch nicht gelernt.

Er beschäftigt sich dann mit den vorliegenden Ansätzen und vergleicht sie mit denen des Jahres 1955. Vor sechs Jahren wurden im Budget der Stadt Wien Gesamteinnahmen in Höhe von 3.5 Milliarden vorgesehen; im kommenden Jahr werden es bereits 6.5 Milliarden sein. Fast die gleichen Budgetzahlen finden wir auch auf der Seite der Ausgaben. Die Einnahmen der Geschäftsgruppe V betragen im Jahre 1955 278 Millionen und werden 1962 500 Millionen betragen. Die Ausgaben dieser Geschäftsgruppe betragen vor sechs Jahren 500 Millionen und werden 1962 bereits eine Milliarde erreichen; das ist also eine Steigerung um 90 Prozent. Er beglückwünscht Stadtrat Dr. Glück zu seinem Erfolg beim Finanzreferenten der Stadt Wien, denn eine solche Erhöhung der Ausgaben wurde von keiner anderen Geschäftsgruppe errächt. Verglichen mit dem Gesamtbudget der Stadtverwaltung hat die Geschäftsgruppe V 1955 nur acht Prozent der Einnahmen und 15.5 Prozent der Ausgaben verzeichnet. 1962 werden die Einnahmen dieser Geschäftsgruppe nur 7.5 Prozent der Gesamteinnahmen betragen, die Ausgaben aber auf 17 Prozent steigen. Er stellt mit Genugtuung fest, daß es der Geschäftsgruppe V gelungen ist, jene Beträge zu bekommen, die sie braucht, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Personalausgaben dieser Geschäftsgruppe sind innerhalb von sechs Jahren von 291 Millionen Schilling auf 593 Millionen gestiegen, also um 103 Prozent. Aus dem geht hervor, sagt GR. Dr. Jakl, daß mit Gesamteinnahmen von 478 Millionen Schilling die Geschäftsgruppe V nicht einmal die Gehälter ihres Personals decken könnte. 1955 wurden für Medikamente 45 Millionen bereitgestellt, im kommenden Jahr werden es aber bereits 73 Millionen Schilling sein. Der Redner ist der Ansicht, daß die Preise für Medikamente in den sechs Jahren unmöglich um soviel gestiegen sind.

Die höheren Ausgaben für Medikamente können nur so erklärt werden, daß in den städtischen Krankenhäusern immer bessere und **teurere** Arzneien für die Patienten gekauft werden.

Der Bettenbelag betrug im Jahre 1955 11.800 Personen, 1961 sind es 12.246. Für diesen Bettenstand gab es 1955 725 Ärzte, heuer sind es 1.001. Das heißt also, daß im Jahre 1955 16 Betten auf einen Arzt, Laboratoriumsärzte usw. eingerechnet, kamen, heute jedoch nur mehr 12. Gesetzlich vorgeschrieben ist ein Arzt für 30 Betten. Auch beim Pflegepersonal hat sich durch die Aufnahme von Stationshilfen eine leichte Besserung ergeben.

Wie sieht aber nun die Einnahmenseite bei den Spitälern aus. Betragen die Verpflegungsgebühren im Jahre 1955 205 Millionen, werden sie sich 1962 auf 326 Millionen belaufen. Die Verpflegungsgebühren stiegen also nicht in dem selben Ausmaß wie die Ausgaben. Bei einer **Durchrechnung** der Kosten, Investitionen nicht mitgerechnet, ergibt sich, daß die Gemeinde Wien je Bett und Verpflegstag 188 Schilling ausgibt. Das heißt, daß sie bei der Gebührenklasse I 28 Schilling, Klasse II 58 Schilling, Klasse III 88 Schilling pro Bett und Tag draufzahlt. Bei den Patienten der Klasse III, für deren Spitalsaufenthalt die Sozialversicherungsträger und der Fürsorgefonds zahlen, sogar 116.50 Schilling. In der Gebührenklasse I gab es im Jahre 1960 30.249 Patienten, Klasse II 107.000, Klasse III 3,800.000. Die Gemeinde schießt demnach jährlich rund 104 Millionen Schilling für Aufgaben zu, die ihr nicht unmittelbar zukommen.

GR. Dr. Jakl verweist darauf, daß die Spitäler bis 1938 Fondsanstalten waren und dann erst der Gemeinde übergeben wurden. Die Gemeinde Wien habe auf dem Spitalssektor seit 1945 schon viel geleistet, trotzdem sei infolge des großen Nachholbedarfes manches noch immer nicht so, wie man es gerne hätte. Die Gemeinde Wien hat für das kommende Jahr für bauliche Herstellungen und Investitionen auf dem Spitalssektor 56 Millionen bereitgestellt, dazu kommen noch 18 Millionen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und 38 Millionen für das Wilhelminenspital.

Die Ursache der Bettennot liege vielfach darin, daß heute die Bevölkerung älter wird und daß durch die hohe Zahl von Berufstätigen, ein Familienangehöriger oft nicht zuhause gepflegt



werden kann, sondern in Spitalspflege kommt. Leider scheitert eine Vermehrung der Betten daran, daß man ja nicht nur Baracken und Betten brauche, sondern dazu auch Ärzte und Pflegepersonal. Dieser Mangel verhindere aber eine großzügige Lösung des Problems.

Sehr günstig habe sich die Arbeit der Tbc-Fürsorgestellen ausgewirkt. Die Zahl der Todesfälle an Tbc sinke ständig. Waren es 1950 noch 1.080 Personen, die an Tbc starben, so waren es 1960 nur mehr 498. Auch die Polioimpfung hat sich gut bewährt. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der Verantwortlichen, die die Impfung oft direkt in den Betrieben und Schulen vornehmen. 65 Prozent der in Frage kommenden Jahrgänge wurden geimpft. Die Wahrscheinlichkeit einer Epidemie ist dadurch nicht mehr gegeben. Auch die Einrichtung der Gesundenuntersuchungsstellen hat sich bewährt, denn wenn nur vier Prozent der Bevölkerung, bei denen Karzinomverdacht bestand, gerettet wurden, hat sich die Arbeit gelohnt. Bei 70 Prozent der Untersuchten zeigten sich andere Leiden und sie wurden ebenfalls der Behandlung zugeführt.

GR. Dr. Jakl sagte abschließend: Sicher kann es bei der Lösung des Gesundheitsproblems zu Meinungsverschiedenheiten kommen. Im Interesse der Bevölkerung dürfe es jedoch nie Differenzen geben. Im Sinne einer guten Weiterführung des Gesundheitsressorts werde die SPÖ-Fraktion den Ansätzen der Gruppe V zustimmen.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) zur Schwesternfrage: Sicherlich ist in letzter Zeit für die Schwestern viel geschehen. Die Frauen und Mädchen, die diesen Beruf ergreifen, müssen aber auch wissen, daß sie einen sehr schönen, wenn auch sehr schweren Beruf ergreifen. Gewiß werde der Beruf durch den Mangel an Schwestern erschwert, da auf die einzelne Schwester dadurch mehr Arbeit entfällt. Es sei daher bedauerlich, daß viele Schwesternschülerinnen nach Absolvierung der Schule bei anderen Körperschaften eine Anstellung annehmen, weil sie dort besser bezahlt bekommen, als bei der Gemeinde Wien. Mehr Anreiz, den Schwesternberuf zu ergreifen, könnte man vielleicht dadurch geben, daß man das Taschengeld für die Schwesternschülerinnen erhöht. Für die geistlichen Schwestern müßten bessere Unterkunfts- und Umkleidemöglichkeiten geschaffen werden.

Die Rednerin kommt sodann auf die Hauskrankenpflege zu sprechen und stellt fest, daß der hier begangene Weg nicht ganz der richtige sei. Derzeit gibt es eine Hauskrankenpflege nur durch die Sozialversicherung und die Fürsorge. Diese Pflegerinnen könnte man aber eher als Familienbetreuerinnen ansprechen, da sie nicht nur den Kranken betreuen, sondern auch die Wohnung und den Haushalt in Ordnung halten sollen. Die Frauen sollten aber nicht für diese allgemeine Betreuung, sondern vielmehr für die Betreuung der Kranken selbst ausgebildet werden.

Auf dem Sektor der Lehrlingsheime sei manches geschehen. Dringend notwendig wäre es noch, die Schlafsäle weniger dicht zu belegen. Als vorbildlich auf diesem Sektor könne das Heim in Eggenburg bezeichnet werden.

Zur Frage der Altersheime bemerkte die Rednerin, es wäre zweckmäßig, im Altersheim Liesing mit seinen großen Parkanlagen nur die gesunden alten Leute aufzunehmen, die bettlägerigen aber nach Lainz zu bringen.

Im folgenden bespricht sie verschiedene andere Fragen des Gesundheitswesens. Unser ohnehin schon chloriertes Trinkwasser sollte man keinesfalls auch noch mit Jod versetzen, damit es kein "Medikamentenwasser" wird.

Die Tbc-Reihenuntersuchungen sollten unbedingt kostenlos sein. Für Polioimpfung, Fluortablettenaktion, für Tbc-Fürsorge, und überhaupt auf dem Gebiet der Prophylaxe wäre mehr Aufklärung und mehr Propaganda zweckmäßig.

Für die Ärzte, die bei der Polioimpfung eine große zusätzliche Arbeit geleistet haben, sollte man eine pekuniäre Anerkennung gewähren.

Abschließend erklärt die Rednerin, sie hoffe, daß auch im nächsten Jahr in gemeinsamer Arbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gedeihliche Fortschritte erzielt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Frieda Nödl (SPÖ) spricht zunächst über die Lehrlingsheime, in denen derzeit 375 Burschen und Mädchen untergebracht sind. Es war schwer, in diesen Heimen in wenigen Jahren das gutzumachen, was Jahrzehnte hindurch vernachlässigt wurde. Trotzdem hat man große Fortschritte erzielt, und auch in diesem Jahr sind wieder Verbesserungen vorgesehen. Die Rednerin dankt Heimleitern,

Heimmüttern und Erziehern herzlichst dafür, daß sie in den jungen Seelen zum erstenmal wieder das Gefühl für die Güte im Menschen wachgerufen haben.

GR. Frieda Nödl beschäftigt sich dann mit den städtischen Altersheimen und den Umständen, die es derzeit noch nicht erlauben, kranke Pfléglinge getrennt von den gesunden Insaßen unterzubringen. Es wird noch einige Zeit dauern, sagte sie, bis man alles nachgeholt hat, was Faschismus und Krieg verhindert haben. Mit der Umgestaltung unserer Altersheime wurde aber bereits begonnen. Man sollte nicht vergessen, daß die Betreuung unserer alten Mitbürger nicht allein Geldsache sein darf, sie muß vielmehr eine Herzensangelegenheit sein. Gerade die alten Menschen, die ein Leben harter Arbeit und vieler Entbehrungen hinter sich haben, empfinden ihre Untätigkeit im Alter als große Last. Sie begrüßt es daher, daß die Stadtverwaltung auch im kommenden Jahr für die Pfléglinge kleine Lebensfreuden in Aussicht gestellt hat, darunter auch die beliebten Rundfahrten und Donaufahrten. Ihrer Meinung nach könnte aber auch die Bevölkerung, besonders die jüngeren Menschen, für die Pfléglinge unserer Altersheime manches Gute tun, indem sie die Alten zu privaten Autorundfahrten einlädt oder an Geburtstagen, Namenstagen oder am Muttertag in den Heimen besucht. In den städtischen Altersheimen gäbe es gegenwärtig 880 Pfléglinge ohne Rente, die ausschließlich von der Stadt Wien befürsorgt werden. Unter Beifall der SPÖ und ÖVP stellt sie den Antrag, der Gemeinderat möge für die dauerbefürsorgten Pfléglinge, die sonst keine andere Unterstützung bekommen, das Taschengeld auf 80 Schilling pro Monat erhöhen.

Die Rednerin begrüßt den bevorstehenden Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Sie stimme aber nicht ganz damit überein, sagte sie, wenn die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses auch als eine Voraussetzung für die Erneuerung des guten Rufes der Medizinischen Schule hervorgehoben wird. Sie meint, daß in unserer Stadt die Tätigkeit der Medizinischen Wissenschaft nicht an ein Haus gebunden werden könne. Die Vertreter der Medizinischen Wissenschaften waren und sind auch heutzutage nicht nur an den Kliniken, sondern auch an anderen Spitälern tätig und haben den guten Ruf unserer Medizin mitbegründet.

Hunderte dieser hervorragenden Männer und Frauen wurden aus unserer Stadt vertrieben. Das begann mit dem Abgang Professor Tandlers und wurde noch viel grausamer nach der Niederringung der österreichischen Freiheit und Demokratie fortgesetzt. Wenn wir noch so viele Spitäler aufbauen und modernst ausstatten, der gute Ruf der Medizinischen Schule wird letzten Endes immer nur von den Ärzten abhängen. Wir könne, sagt sie, mit Stolz feststellen, daß es mit der Medizinischen Wissenschaft bei uns wieder aufwärts geht und daß sich **wieder** ein Berufstyp von jungen Ärzten entwickelt hat, die weniger an eine ertragreiche Praxis denken, sich aber dafür mit großer Verantwortung der Forschung widmen. Die Gemeinde Wien unterstützt solches Bestreben, was auch die hohe Zahl der Sonderurlaube für die Ärzte unserer peripheren Spitäler zum Zwecke der Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen bestätigt. GR. Frieda Nödl dankt allen Ärzten, die sich außer ihrer Spitalstätigkeit auch wissenschaftliche Arbeit leisten. (Beifall.)

Stadtrat Dr. Glück beginnt sein Schlußwort mit dem Dank an die Gemeinderäte für ihr außerordentliches Interesse an der Arbeit seiner Geschäftsgruppe. In Beantwortung der an ihn gestellten Fragen bezeichnet er die erste Schluckimpfungsaktion als einen vollen Erfolg. Er verweist auf die außerordentlichen Leistungen, die dabei von den Arzteteams vollbracht wurden. So wurden zum Beispiel von einer Amtsärztin nicht weniger als 15.000 Schulkinder geimpft.

Den von GR. Maller gestellten Antrag bezüglich der Alkoholkranken empfiehlt er dem Gemeinderatsausschuß V zuzuweisen.

Die Frage, ob die Angestellten der Tbc-Fürsorgestellen auch in der Alkoholikerfürsorge verwendet werden, beantwortet er bejahend.

Die Arbeit in den Tbc-Fürsorgestellen sagt er, werde keinesfalls eingeschränkt, sondern sie geht jetzt, der gegenwärtigen Notwendigkeit entsprechend, von der passiven zur aktiven Betreuung über. Nach einem Übereinkommen mit dem Bundesheer werden nun alle in Wien stationierten Soldaten von den städtischen Tbc-Fürsorgestellen untersucht.

In der Diskussion wurde auch die Modernisierung des neurologischen Pavillons des Altersheimes Lainz als notwendig bezeichnet. Die Budgetmittel für die Modernisierung wären bereitgestellt worden, doch konnten die Pläne im Augenblick noch nicht vorgelegt werden. Nach Fertigstellung der Pläne wird man über den stufenweisen Umbau und die Aufstockung beraten. ./.

Auch auf das Altersheim St. Andrä hat man nicht vergessen. Es sind im Budget 155.000 Schilling für die Renovierung vorgesehen.

Stadtrat Dr. Glück kommt dann auf das Personal zu sprechen und stellt fest, daß auch er glücklich wäre, könnte man mehr Pflegepersonal für die Krankenanstalten bekommen. Die Situation auf diesem Sektor sei aber nicht so schlecht wie man vielfach glaube, denn es kommen in Wien auf eine Pflegeperson 3.1 Patienten. Eine Zahl, um die es im Ausland weit schlechter bestellt ist.

Bezüglich der Trinkwasserversorgung ist zu sagen, daß die Überprüfung der Qualität unseres Trinkwassers und auch die Grundwasserüberprüfungen zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen sind.

Die Einführung des Schwangerenpasses wirke sich sehr gut aus. Es sei jedoch so, daß dieser Schwangerenpaß nicht nur von den Beratungsstellen, sondern von jedem praktischen Arzt oder Facharzt ausgefüllt werden kann. Er bittet daher den gestellten Antrag des GR. Dr. Schmidt auf Einrichtung weiterer Schwangerenberatungsstellen abzulehnen, da die Errichtung weiterer Schwangerenberatungsstellen im Augenblick nicht notwendig erscheint.

Den Wunsch der GR. Dr. Stürzer, die Schlafräume in den Lehrlingsheimen etwas aufzulockern, werde man bestimmt erfüllen können.

Zu "Steinhof" ist zu sagen, daß man nicht den Namen, sondern die Organisation und die Methoden der Anstalt ändern will. Besonders ist an die Ausweitung der Arbeitstherapie gedacht.

Die Schaffung eines Herzzentrums sei nicht daran gescheitert, daß die Gemeinde Wien die Mittel für den Ankauf einer Herz-Lungen-Maschine nicht bereitstellen wollte, sondern daß erst ein geeignetes Ärzteteam gefunden werden muß. Es sei aber nicht so, daß in Wien keine Herz- und Gefäßoperationen durchgeführt werden. Bisher hat man in Wien 170 Herzfehler chirurgisch behoben ohne einen einzigen Todesfall zu verzeichnen. Man hat 72 Patienten an den großen Gefäßen operiert und fast hundert ähnliche Operationen mit gutem Erfolg durchgeführt.

Der Wunsch, das Altersheim Liesing umzubauen, wird sicher bald erfüllt werden. ./.

Der Finanzreferent hat bereits die Zusicherung gegeben, Mittel für den Umbau bereitzustellen. Die Pläne für den Umbau sollen nun beschafft werden. Ein Arbeitskreis, der sich mit dem Umbau beschäftigt, wurde bereits gebildet. Sicherlich wäre es auch günstig, die Abteilung des Primarius Dr. Rett aus dem Areal des Altersheimes herauszubringen. Man wird sich bemühen, hier eine Lösung zu finden.

Der Referent kommt dann auf die Ausführungen von GR. Nödl zu sprechen und stellt fest, daß sie die Situation in den Altersheimen ausgezeichnet beleuchtet habe. Den von ihr gestellten Antrag bittet er dem Ausschuß V zur Behandlung zuzuweisen. Ihrer Ansicht, daß der Weltruf der Wiener Medizinischen Schule nicht an das Haus sondern an die Persönlichkeit des Arztes gebunden sei, könne man nicht beipflichten. Auch der beste und tüchtigste Arzt braucht bei dem ständigen Fortschritt der Wissenschaft einen finanzkräftigen Hintergrund. Man braucht zur Arbeit das geeignete Haus und alles mögliche, denn der große Geist würde verblässen, hätte er nicht die Möglichkeit nach allen modernen Methoden zu arbeiten. Wir sehen das auch daran, daß sich heute keine ausländische Kapazität dazu bereiterklärt, in Wien eine Professur zu übernehmen, weil ihnen unsere Kliniken nicht gefallen.

Stadtrat Dr. Glück dankt abschließend allen Ärzten für ihre wissenschaftlichen Arbeiten. Die Ärzte unserer Spitäler haben in ihrer Freizeit rund 500 derartige wissenschaftliche Arbeiten durchgeführt. Unsere Mediziner haben auch bei vielen internationalen Kongressen entscheidend mitzusprechen gehabt. (Allgemeiner Beifall). Stadtrat Dr. Glück dankt auch den Debattenrednern für ihre Ausführungen und bittet nochmals, den Ansätzen der Geschäftsgruppe V die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze für das 5. Hauptstück ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.

Der Beschlußantrag des GR. Maller, eine Kampagne gegen den Alkoholismus vorzubereiten, wurde ohne die Stimmen der FPÖ dem Gemeinderatsausschuß V zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Der von GR. Dr. Schmidt gestellte Antrag, betreffend weitere Errichtung von Schwangerenberatungsstellen wurde gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt.

Der Antrag der GRe. Frieda Nödl und Käthe Jonas, betreffend Erhöhung des Taschengeldes für die Pfleglinge der städtischen Altersheime auf 80 Schilling für jene, die kein eigenes Einkommen besitzen, wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß V zur weiteren Behandlung zugewiesen.

- - -

Das Wiener Gesundheitswesen  
=====

15. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Dr. Glück (ÖVP).

Er gab zuerst einen interessanten Überblick über die historische Entwicklung der Medizin und führte dann unter anderem aus:

Auch das Wiener Gesundheitsamt hat die prophylaktische Medizin an die Spitze ihrer Bemühungen gestellt.

Der Rückgang einiger Infektionskrankheiten bestätigt auch in diesem Jahr die erfreulichen Erfolge bei der Bekämpfung dieser Krankheiten durch vorbeugende medizinische Maßnahmen.

Vor allem wurde der Bekämpfung der übertragbaren Kinderlähmung besondere Bedeutung beigemessen. Die schon vor Jahren begonnene Schutzimpfung mittels Injektionen, die sogenannte Salk-Schutzimpfung, wurde auch heuer weiter durchgeführt. Allein vom Wiener Gesundheitsamt haben sich in den letzten Jahren in Wien nahezu 170.000 Personen einer dreimaligen Schutzimpfung unterzogen.

Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen wurde ab 20. November 1961 nun auch hier in Wien eine Schluckimpfaktion auf breitester Basis gegen Kinderlähmung durchgeführt. Durch diese Art der Impfung werden die Geimpften nicht bloß gegen die Folgen einer Infektion, sondern auch gegen die Möglichkeit einer Ansteckung geschützt.

Während das Bundesministerium für Soziale Verwaltung den Impfstoff kostenlos bis zum 21. Lebensjahr zur Verfügung stellt, hat sich die Stadt Wien entschlossen, darüber hinaus für alle Jahrgänge den Impfstoff kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Der erste Teil der Schutzimpfung, die Verabreichung eines bestimmten Virusstammes, wurde nach Weisung des Sozialministeriums durch drei Wochen bis 9. Dezember 1961 durchgeführt. In Wien haben sich rund 350.000 Personen freiwillig an dieser Impfaktion beteiligt.

Die Tuberkulose zeigt in Wien in den letzten Jahren einen erheblichen Rückgang an Neuerkrankungen. Ende November 1960 konnte



die neuerrichtete Tbc-Fürsorgestelle für den 1., 8., 9. und 17. Bezirk, die durch ihre gediegene Ausstattung zu den modernsten Einrichtungen dieser Art zählt, eröffnet werden. Im Februar 1961 fand die Inbetriebnahme der Tbc-Fürsorgestellen des 12. und 13. Bezirkes statt und noch im September 1961 war es möglich, die neuerbaute Tbc-Fürsorgestelle in Wien 11., zu eröffnen. Auch hier erwies sich die Zusammenfassung von zwei Bezirken in einer gemeinsamen Tbc-Fürsorgestelle (3. und 11. Bezirk) als zweckmäßig.

Im kommenden Jahr ist in den Schulen wie auch in den Betrieben eine beträchtliche Intensivierung der Schirmbilduntersuchungen geplant. 1961 wurden mit dem fahrbaren Schirmbildgerät bereits über 10.000 Aufnahmen durchgeführt, gegen 3.882 Aufnahmen im ganzen Jahr 1960; für 1962 wird mit rund 30.000 Aufnahmen gerechnet.

Eine andere Erscheinung, die uns sehr zu schaffen macht, ist die zunehmende Zahnfäule. 50 Prozent der Sechs- bis Siebenjährigen haben schon mindestens einen bleibenden Zahn erkrankt, 99 Prozent der aus der Schule austretenden Mädchen und Buben in Wien haben kein naturgesundes Gebiß mehr. Der Vorschlag des Wiener Gesundheitsamtes, eine Fluor-Tablettenaktion auf breiter Basis durchzuführen, wurde vom Wiener Landessanitätsrat beraten und gut geheißen. Seit November 1961 läuft nun bereits eine solche Aktion in allen Wiener Kindergärten. Im Februar 1962 werden die Kinder der 1. und 2. Volksschulklassen erstmalig kostenlos Fluortabletten erhalten. Die Aktion wird dann aufsteigend fortgeführt, das heißt, die Kinder, die im Februar 1962 in die Aktion aufgenommen wurden, sollen die Tabletten ununterbrochen bis zum Austritt aus der Hauptschule erhalten. Zu Beginn des Schuljahres 1967/68 werden dann alle Volks- und Hauptschulklassen erfaßt sein.

Es ist auch weiterhin notwendig, die Modernisierung der Schulzahnkliniken fortzusetzen. Wie in den letzten beiden Jahren sollen auch 1962 wieder zwei Kliniken an Stelle der alten Bohrmaschinen neue Einheitsgeräte erhalten.

Zu Jahresbeginn wurde ein Referat neu errichtet, dem der Ausbau der PsychHygiene, sowie der Aufbau der Fürsorge für Alkohol- und Geisteskranke obliegt.

Nach vorbereitenden Arbeiten konnte Ende Mai eine Beratungsstelle für Alkoholranke in einer der aufgelassenen Tbc-Fürsorgestellen in Wien 9., Borschkegasse 1 und im September 1961 eine weitere im 12. Bezirk, in der Längenfeldgasse 20 eröffnet werden.

Dem Referat obliegt die Betreuung der Alkoholkranken sowie aller Nervenkranken. Bisher wurden rund 10.000 Fälle von Alkoholismus aller Stadien erfaßt.

Es ist beabsichtigt, eine weitere Beratungsstelle für Alkoholranke und Geisteskranke im 2. Wiener Gemeindebezirk zu errichten. Neben dieser Außenstelle werden zwei Fürsorgestellen mit Abendordinationen in schon bestehenden Außenstellen des Tuberkulosenreferates geschaffen.

Das Referat Psychiatrischer Dienst ist erst im Aufbau. Das Halbjahr 1961 stand daher im Zeichen der räumlichen und personellen Einrichtungen, der Kontaktaufnahme mit den für die Zusammenarbeit in Frage kommenden bestehenden Institutionen, der Gestaltung der grundlegenden Organisationsgrundsätze und der Einschulung der Mitarbeiter. Darüber hinaus konnte an Modellfällen Betreuungsarbeit geleistet werden. Das Ziel des Referates ist der Aufbau eines vielgliedrigen Rehabilitationssystems, das die Überleitung auch schwieriger Fälle abgelaufener Geisteskrankheit von der geschlossenen Stationspflege in die offene Gemeinschaft und auch in den Arbeitsprozeß ermöglicht.

Geplant sind eine Angehörigen-Beratungsstelle in den Räumen des Referates im Gesundheitsamt, eine Industriepsychologische Beratungsstelle für die Beschäftigung ehemals Geisteskranker, und schließlich das Rehabilitationszentrum am Steinhof. Außerdem wird versucht werden, eine Familienpflege für chronische, nicht gemeingefährliche Patienten in kleinem Umfang zu organisieren.

In der Fürsorge für Mutter und Kind steigt durch die ständig zunehmende Zahl der Lebendgeburten Jahr für Jahr auch die Frequenz in den Mutterberatungsstellen.

Die Zahl der Lebendgeburten ist weiter im Ansteigen, wogegen die Säuglingssterblichkeit weiterhin im Absinken ist. Diese dürfte sich heuer um **3,1 Prozent**

halten, gegenüber 3.34 Prozent im Jahre 1960 und 3.7 Prozent im Jahre 1959. Bei weiterem Anhalten dieser Entwicklung wird es sich im Jahre 1962 für notwendig erweisen, ein bis zwei weitere Mutterberatungsstellen zu errichten.

Im Jahre 1961 wurden drei Schwangerenberatungsstellen neu eröffnet. Somit bestehen jetzt acht solcher Stellen, die über das Stadtgebiet verteilt sind.

Das Interesse an den Gesundheitsuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge hält nach wie vor an. Diese konnten heuer auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken und erfreuen sich einer von Jahr zu Jahr ansteigenden Besucherzahl.

Die Untersuchungsergebnisse rechtfertigen die Tätigkeit dieser Untersuchungsstellen: so wurden auch heuer bei nahezu vier Prozent der Personen, die sich diesen Untersuchungen unterzogen, geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 72 Prozent wurden ihrem behandelnden Arzt zugewiesen wegen anderer Erkrankungen, von denen fast elf Prozent in ein Krebsleiden übergehen können, wenn sie nicht rechtzeitig einer entsprechenden Behandlung zugeführt werden.

Arbeitskreise für medizinische Planung: Diesen Personenkreisen gehören namhafte Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der medizinischen Fakultät, der Sozialversicherungsträger, der Spitalsärzteschaft, der Ärztekammer und des Wiener Gemeinderates an.

Der erste Arbeitskreis befaßt sich vorwiegend mit den Fragen der Spitalsplanung und bestätigt den forcierten Ausbau von Spezialstationen in unseren bereits bestehenden fünf Schwerpunktspitälern in Wien.

Zu diesen Schwerpunktspitälern zählen: das Wiener Allgemeine Krankenhaus - dies nimmt jedoch durch die Aufnahme der Universitätsklinken eine Sonderstellung ein -, weiter die Krankenanstalt Rudolfstiftung, das Franz Josef-Spital, das Krankenhaus Lainz und das Wilhelminenspital.

Im Zuge der Ausarbeitung eines städtebaulichen Grundkonzeptes, welches für die Entwicklung der Stadt Wien für die nächsten Jahrzehnte vorausschauend planen soll, muß auch östlich der Donau die Errichtung eines Schwerpunktspitales gefördert werden.

Das Ziel der modernen Spitalsführung muß es sein, auf allen Stationen eine maximale Nutzung des Personals und der Spitalseinrichtungen zu erwirken. So wird einerseits auf Spezialstationen durch die teuersten Apparate innerhalb raschster Zeit die Durchuntersuchung und genaue Diagnosestellung ermöglicht und andererseits durch gezielte Zuweisung von Patienten auf bestimmte Pflegeeinheiten unseren Kranken die beste Pflegemöglichkeit geboten.

Die geplante neue Krankenpflegeeinheit für chronisch Kranke wird u.a. vor allem den Apoplektikern, den Rheumatikern, den chronisch Herz- und Kreislaufkranken dienen, welche nur durch eine Langzeittherapie wieder einem Gesundungsprozeß bzw. der Rückgliederung in die Arbeit oder in das Familienleben zugeführt werden können.

Unter den Wiener Spitälern nimmt das Wiener Allgemeine Krankenhaus eine Vorrangstellung ein. Ein Viertel der gesamten städtischen Spitalsbetten befinden sich im Allgemeinen Krankenhaus. Es ist das größte Krankenhaus Wiens und das Wirken hervorragender Ärzte in diesem Haus hat unserer Stadt Weltgeltung verschafft.

Wenn in den vergangenen Jahrzehnten alljährlich die Dringlichkeit eines Neubaues für unsere Universitätskliniken gefordert worden ist, sind wir heute endlich in der glücklichen Lage, berichten zu können, daß ein Großteil der wesentlichsten Vorplanungen bereits abgeschlossen ist und die Realisierung des Projektes Wirklichkeit wird.

Dem Neubau der Wiener Universitätskliniken kommt auch für die Stadt Wien eine ungeheure Bedeutung zu. Der medizinischen Wissenschaft wird damit ein würdiges und zeitgemäßes Gebäude errichtet, das nicht nur der wissenschaftlichen Forschung eine moderne Heimstätte sein wird. Auch der Lehrbetrieb der medizinischen Fakultät wird dann in Hörsälen und Laboratorien von heute und nicht von gestern durchgeführt werden können. Studenten und Ärzte aus aller Welt kommen nach Wien, um sich hier ausbilden zu lassen und ich glaube, es ist für Wien nicht belanglos, ob die Ausländer in ein völlig veraltetes Gebäude geführt werden oder in einer modernen Klinik ausgebildet werden.

Für die ca. zehn Jahre, welche das alte Allgemeine Krankenhaus noch in Verwendung bleiben muß, sind immer noch beachtliche Aufwendungen für dieses alte Haus erforderlich. Um jedoch keine Fehlinvestitionen vorzunehmen, wurde auf meine Anregung hin eine eigene Kommission gebildet, welche die Dringlichkeit und Notwendigkeit der einzelnen Bauarbeiten - vor allem die hygienischen Anlagen und Heizungsanlagen sind dringend reparaturbedürftig - festlegen soll.

Zum Neubau selbst ist noch zu erwähnen, daß von der Stadt Wien 18 Millionen Schilling für das kommende Jahr für die weitere Planung und Vorbereitungsarbeiten im Budget vorgesehen sind.

In diesem Rahmen wird im März des kommenden Jahres auch mit dem großzügigen Um- und Zubau der Kliniken Antoine und Kunz begonnen.

Die Bauarbeiten im Wilhelminenspital sind weit fortgeschritten. Je ein chirurgischer und je ein interner Bettenpavillon sind bereits unter Dach. In diesen Neubauten werden zwei interne, zwei chirurgische Abteilungen und eine kleine Bettenstation für die Konsiliarfachärzte Aufnahme finden.

Bei der Besetzung dieser neuen Abteilungen wird auch bereits auf eine zusätzliche Spezialisierung unserer Spitalsabteilungen Bedacht genommen.

Die bereits bestehende chirurgische Abteilung wird in eine moderne Unfallstation umgebaut werden, was wieder zu einer wesentlichen Entlastung der Universitäts-Unfallstationen beitragen wird, eine Notwendigkeit, welche dem künftigen Bedarf durch die Zunahme der Unfälle Rechnung trägt.

Der ehemalige Lupuspavillon wird derzeit neu adaptiert. Eine eigene Heilstätte zur Behandlung der Hauttuberkulose ist durch die erfolgreiche Behandlungsmethode der letzten Jahre nicht mehr erforderlich. In diesem Pavillon soll nach Fertigstellung, welche voraussichtlich im Sommer 1962 zu erwarten ist, eine interne Abteilung untergebracht werden, welche mit der Aufgabe betraut wird, chronisch Kranke zu betreuen.

Das Schwerpunktspital im Süden der Stadt, das Franz Josef-Spital, hatte im Krieg besonders unter Bombenschäden zu leiden. Diese Kriegsschäden konnten größtenteils behoben werden, sodaß viele Pavillons bereits modernisiert werden konnten. ./.

Als letzter Teil dieses Bauabschnittes wurde heuer der Wiederaufbau des Wohngebäudes B begonnen. In diesem Gebäude werden vorwiegend Unterkunftsräume für Schwestern geschaffen.

Einer der ältesten Pavillons im Franz Josef-Spital ist der Pavillon H, welcher im Jahre 1910 als Kinderpavillon errichtet worden ist. Die unzweckmäßige räumliche Gestaltung und bauliche Mängel erforderten die Schließung dieses Pavillons. Da sich ein Umbau als unrentabel erwies, wurde bereits mit den Abbrucharbeiten begonnen und die Neuerrichtung eines neuen Pavillons wird im nächsten Jahr in Angriff genommen.

Im Franz Josef-Spital wurden in drei Blocks in Fertigbauweise modernst ausgestattete Reservestationen innerhalb kürzester Zeit errichtet. Die Errichtung einer derartigen Reservestation in einem Schwerpunktspital hat sich als Ausweichstation für die Verlegung einer Abteilung von besonderem Vorteil erwiesen, da durch Adaptierungs- und Umbauarbeiten an Pavillons kein Bettenverlust eintritt. Bei der Fertigstellung des neuen Pavillons wird die Reservestation wieder geräumt und nur für außerordentliche Notfälle als Reserve bereitgehalten.

Ein weiteres Schwerpunktspital ist die Krankenanstalt Rudolfstiftung im 3. Bezirk. An baulichen Änderungen wurde in diesem Jahr der Neubau der Küche und einige kleinere Umbauten beendet. Im kommenden Jahr wird das Zentralröntgeninstitut mit einer Isotopenstation umgebaut und für die Schwestern werden moderne Wohnräume geschaffen.

Die veraltete bauliche Anlage des gesamten Spitalles entspricht in keiner Weise den Anforderungen der Medizin in der heutigen Zeit. So möchte ich zum Beispiel erwähnen, daß der Großteil dieses Spitalles noch mit Kohlenöfen geheizt wird.

Erfahrungen des In- und Auslandes bestätigen, daß der Umbau alter Krankenhäuser in moderne Spitäler sehr zweckmäßig durchgeführt werden kann. So wird derzeit auch für das Rudolfspital von Fachleuten ein Generalplan für einen Umbau in mehreren Etappen erstellt.

Ein weiteres Schwerpunktspital ist das Krankenhaus Lainz. Im kommenden Jahr ist eine teilweise Neugliederung der Abteilungen geplant, sodaß im Krankenhaus Lainz auch eine eigene Station für plastische Chirurgie und Wiederherstellungschirurgie, sowie eine

eigene Station für Alterschirurgie neben dem Ausbau der bereits bestehenden Unfallsambulanz vorgesehen sind.

In der vorsorglichen Planung für außerordentliche Katastrophenfälle wurde auch im Krankenhaus Lainz eine Reserveabteilung mit drei Stationen errichtet. Die Krankenzimmer entsprechen den modernsten Anforderungen des Spitalbaues und sind mit den modernsten Einrichtungen versehen.

Diese 100 Betten werden für Epidemiezeiten, wie zum Beispiel für zunehmende Grippefälle in der kalten Jahreszeit freigehalten. Diese Reservestationen sind völlig fertiggestellt und jederzeit belegbar.

Es ist geplant, ab Anfang Jänner diese Station in Betrieb zu nehmen.

Große Bauvorhaben sind auch im Elisabeth-Spital bereits in Durchführung beziehungsweise noch in Planung. Auch dieses Spital wurde schon im Jahre 1890 errichtet. Bereits im Vorjahr wurde mit dem Umbau der Küche begonnen und mit der Fertigstellung ist noch heuer zu rechnen. Durch die Modernisierung der Küchenanlage wird es ermöglicht, die Speisen in geheizten Elektrokarren in die Abteilungen zu bringen.

Auch für das Krankenpflegepersonal konnten in diesem Jahr moderne Schwesternschlafstellen teils neu errichtet, teils adaptiert werden.

Die völlig veraltete und in ihrer Anlage sehr unzweckmäßig untergebrachte Prosektur wird durch einen Neubau ersetzt. Die alte Prosektur wurde heuer bereits abgetragen und mit dem Neubau wurde begonnen.

Die Planungsarbeiten für einen Anbau an den chirurgischen Operationstrakt sind nahezu abgeschlossen.

Weiter wird das Röntgeninstitut in neuen Räumen Aufnahme finden.

Die Wiener Allgemeine Poliklinik in der Mariannengasse wurde ebenfalls vor der Jahrhundertwende schon errichtet und auch durch Kriegseinwirkungen schwerst beschädigt. Auch dieses Spital entspricht vor allem durch die Aufnahme mehrerer Spezialstationen nicht den Anforderungen einer wirtschaftlichen Spitalsführung.

Die Umbauarbeiten des heurigen Jahres verbesserten die Unterbringung des Röntgeninstitutes und der Abteilung für physikalische

Medizin. Die noch bestehende Baulücke Mariannengasse 12 soll aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds durch die Errichtung eines neuen Schwesternwohntraktes geschlossen werden und wir hoffen, daß ehebaldigst Fondsmittel für diesen Neubau bereitgestellt werden.

Im heurigen Jahr ist auch noch mit der Fertigstellung des Pavillons Austria in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe zu rechnen. In diesem Pavillon wird eine orthopädische Abteilung mit einer Station für Knochentuberkulose Aufnahme finden. Dieser Pavillon wird in jeder Hinsicht allen Anforderungen der Medizin von heute entsprechen.

Die Bettensituation ist jedoch nach wie vor angespannt. Vor allem deshalb, weil durch Um- und Zubauten in den Wiener städtischen Krankenanstalten eine sehr große Zahl von Krankbetten nicht belegbar ist. Vor allem in den Sommermonaten des heurigen Jahres mußten wegen der Durchführung von Bauarbeiten eine große Zahl von Abteilungen gesperrt werden, dadurch entfielen zeitweilig bis zu 2.000 Betten.

Durch die Fülle von Spezialstationen in den Wiener Spitalern kommen auch viele Nichtwiener in unseren Krankenanstalten zur Aufnahme. 21.5 Prozent der Patienten in den Wiener städtischen Krankenanstalten kommen aus den Bundesländern, 0.6 Prozent aus dem Ausland.

Auf 1.000 Einwohner Wiens entfallen mit Einbeziehung der Altersheimbetten 15 Spitalsbetten. Obwohl die Bettenausnutzung an unseren internen Abteilungen 100 Prozent beträgt, müssen auch wir in Wien die Bettenknappheit am internen und chirurgischen Sektor verzeichnen.

Eine Überlastung unserer Spitalsabteilungen kommt auch dadurch zustande, daß fast zehn Prozent der Patienten nach Abschluß der Spitalstherapie nicht in häusliche Pflege übernommen werden können.

Die praktischen Ärzte Wiens werden oft deshalb zur Spitalsweisung veranlaßt, da besonders alleinstehende alte Menschen keine Angehörigen zur Heimpflege finden. Die bisherige Tätigkeit der Hauskrankenpflege der Sozialversicherung und der Fürsorge kann nur in Einzelfällen die Angehörigen zur Betreuung von bettlägerigen Patienten ersetzen. Über den Ausbau und die Erweiterung einer solchen Einrichtung wurden wohl Verhandlungen geführt, doch konnte noch keine befriedigende Lösung erzielt werden.



Die Wiener Ärztekammer und das Anstaltenamt studieren derzeit die Möglichkeit, daß durch die Änderung des bisherigen Modus der Spitalseinweisung alle akut dringlichen Fälle bevorzugt bei der Spitalseinweisung behandelt werden. Dadurch soll der akut Kranke, gleichgültig ob jung oder alt, einer raschen Spitalseinweisung zugeführt werden können.

Durch Vergrößerung von zentralen Untersuchungseinrichtungen, Röntgen- und Laboratorien wird auch eine raschere Durchuntersuchung ermöglicht werden. Vor allem muß erreicht werden, daß ambulant durchführbare Voruntersuchungen bereits vor der Spitalsaufnahme zur Durchführung gelangen.

Viele Patienten liegen oft wochenlang nur deshalb in unseren Spitälern, weil eine Direkttransferierung in die Altersheime bisher nicht möglich war. Deshalb soll dafür gesorgt werden, daß von den Spitälern direkte Einweisungen in die Krankenabteilungen unserer Altersheime erfolgen können.

Unsere vordringliche Sorge gilt nach wie vor der Spitalsbetreuung unserer bejahrten Patienten. Auf den internen Abteilungen sind sieben Prozent der Patienten älter als 80 Jahre und 49 Prozent in der Altersstufe zwischen 60 bis 80 Jahren. Ein Großteil dieser Patienten könnte bei erhöhter ärztlicher und fachpflegerischer Hausbetreuung in Heimpflege belassen werden.

Eine gewisse Erleichterung wird dadurch eintreten, daß im kommenden Jahr der Umbau der Lupusheilstätte beendet wird und ein Großteil der Betten dieses Hauses für chronisch Kranke zur Verfügung gestellt wird.

Eine ähnliche rege Umbautätigkeit und Verbesserung der baulichen Anlagen wird auch in unseren Altersheimen vorgenommen.

Vor allem die Pavillons im Altersheim Lainz müssen weiterhin einer beschleunigten Modernisierung unterzogen werden. So erhoffte ich mir für das kommende Jahr einen Zusatzkredit, um die sanitären Anlagen einiger Pavillons verbessern und vor allem den neurologischen Pavillon modernisieren zu können. In die Planungsarbeiten ist auch der Umbau der Küche und der Beheizung aufgenommen worden.

Im Altersheim Baugarten konnte ein Pavillon umgebaut werden und erfüllt bereits alle modernen Anforderungen.

Die Räume des ehemaligen Anstaltenhauptlagers im Altersheim Baumgarten werden derzeit ebenfalls in eine Krankenabteilung

umgebaut und in wenigen Monaten ist mit der Fertigstellung zu rechnen.

Das Gebäude, in welchem derzeit noch das Bezirkspolizeikommissariat Penzing untergebracht ist, wird bereits im Frühjahr wieder dem Altersheim angegliedert und die Planungsarbeiten für den Umbau liegen bereits vor.

Der Umbau des ehemaligen Rochusspitals konnte heuer beendet werden. Als "St. Rochusheim" dient es derzeit als Krankenabteilung für das Altersheim Baumgarten und zeigt eine musterhafte Lösung dafür, daß man auch aus einem alten Gebäude der heutigen Medizin entsprechende Krankenabteilungen errichten kann.

Auch im Altersheim Liesing wurde ebenfalls bereits heuer mit der Planung des Umbaus begonnen und im Laufe der nächsten Jahre wird etappenweise die Modernisierung der Anstalt durchgeführt.

In den Heil- und Pflegeanstalten wurde vor allem in Steinhof die Modernisierung und zweckmäßige Umgestaltung der Anstalt fortgesetzt. Die nicht mehr gerechtfertigte Meinung, daß die Internierung am Steinhof gleichbedeutend sei, unheilbar an einer Geisteskrankheit zu leiden, ist durch Überlieferung bei unserer Wiener Bevölkerung immer noch tief verwurzelt. Wir alle müssen hier völlig umdenken.

Zunächst wurde dafür Sorge getragen, daß auch für die psychiatrisch Kranken außerordentliche Spitalsbetten zur Verfügung stehen. Ein mit Lungenkranken belegter Pavillon und die für die Infektionskranken in den Nachkriegsjahren zur Verfügung gestellten Pavillons wurden wieder in die Anstalt rückgegliedert. Weiters wurden alle kriminellen Geisteskranken in einem Pavillon abgesondert untergebracht und unter besondere Aufsicht gestellt. Auch die Alkoholkranken wurden von den übrigen Geisteskranken getrennt. Die bauliche und räumliche Umgestaltung konnte in diesen Pavillons fortgesetzt werden. Es wurden z.B. Anschlußmöglichkeiten für die künftige Fernheizung geschaffen, ein Großteil der alten Heizkörper wurde durch Deckenstrahlungsheizungen ersetzt, die Patiententagräume mit modernem Mobiliar ausgestattet, Wäsche und Eßgeschirr wurden zum größten Teil ausgewechselt.

Da sich die Behandlungszeit von psychiatrisch Kranken oft über viele Wochen und Monate erstreckt, wurde durch die Verschönerung des Sportplatzes, durch die Neueinrichtung einer Kegelbahn, sowie durch die Gründung eines Patientenklubs das Los während der Behandlungszeit irgendwie erleichtert. Die gesteckten Ziele unserer Bemühungen sind jedoch sehr vielfältig. So wurde bereits im heurigen Jahr mit der Errichtung eines Rehabilitationszentrums begonnen.

In den städtischen Lehrlingsheimen finden fast 500 junge Menschen Aufnahme. Unsere Bestrebungen gehen dahin, auch aus diesen jungen Menschen tüchtige Facharbeiter zu machen und sie durch erzieherische Betreuung zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

Im Lehrlingsheim Augarten konnte ein Sportplatz angelegt werden und in allen anderen Lehrlingsheimen wurde durch die Anschaffung moderner Möbel, Betten und anderem Inventar eine wesentliche Verbesserung erzielt.

Für den städtischen Rettungsdienst hat sich die Anschaffung der "9. Tour" in diesem Jahr außerordentlich bewährt. Die automatische Regelung der Straßenkreuzungen stellt allerdings eine starke Behinderung bei der raschen Einsatzmöglichkeit der Rettungsfahrzeuge dar.

Aus diesen Überlegungen planen wir im Laufe der nächsten Jahre verschiedene Touren in die Peripherie der Stadt zu verlegen, um eine rasche Bergung von Verletzten oder Verunglückten zu ermöglichen, denn nur eine Dezentralisierung kann einer Behinderung, die durch automatische Regelung hervorgerufen wird, begegnen.

Durch die neue Gründung des Wiener Landesverbandes vom Roten Kreuz stehen zusätzlich Helfer in unserer Stadt zur Verfügung, welche in der ehemaligen Feuerwache Breitensee eine Rettungsstation ausgebaut haben und über die städtische Rettungszentrale bei Unfällen zum Einsatz gelangen.

Durch die Erstellung eines Katastropheneinsatzplanes wurde Vorsorge getroffen, daß bei Unglücksfällen ungewöhnlichen Ausmaßes alle verfügbaren Rettungsinstitutionen nach einem Koordinierungsplan zum Einsatz kommen können. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat an den Beratungen teilgenommen und

sich bereit erklärt, auch die Jungmänner unseres Bundesheeres im Bedarfsfall, sei es zur sachgemäßen Bergung von Verletzten oder zur Ergänzung sonstiger Hilfsdienste, bereit zu stellen.

Wir haben auch Vorsorge getroffen, daß für diese Notfälle zur Aufnahme von Verletzten Kasernenräume, bzw. Speisesäle in Krankenhäusern in Notspitäler umgewandelt werden können.

So wie in allen Sparten der Wirtschaft besonders eine Verknappung an Facharbeitern zu bemerken ist, haben wir auch in der Krankenpflege vor allem unter dem Mangel an geschultem Pflegepersonal zu leiden.

Bei der Errichtung von neuen Spitalsabteilungen ist die Beistellung des dazu erforderlichen Personals außerordentlich schwierig, obwohl im vergangenen Jahr sowie auch heuer eine Reihe von Verbesserungen in der Besoldung und auch sonst vorgenommen wurden. Im heurigen Jahr wurde gemeinsam mit der Berufsberatung des Arbeitsamtes für Jugendliche eine Aktion gestartet, durch welche junge Menschen mehr als bisher für den Besuch der Krankenpflegerinnenschule gewonnen werden sollen. Mit dieser Aktion wurde im heurigen Jahr ein großer Erfolg erzielt.

Um weiterhin den jungen Menschen einen Anreiz zu geben, in die Krankenpflegeschulen der Stadt Wien einzutreten, wurde im heurigen Jahr im Wiener Gemeinderat bereits ein Antrag eingebracht, nach welchem den Pflegeschülerinnen mit Rücksicht darauf, daß sie bereits am Krankenbett Dienstleistungen verrichten, ein erhöhtes Taschengeld bzw. eine andere Form der Entlohnung zuteil werden soll. Ich könnte mir vorstellen, daß durch die Errichtung z.B. eines Kontos, welches erst nach dreijähriger Dienstzeit ausbezahlt wird, die Schwestern nach Erlangung des Diploms sehr interessiert wären, im Dienste der Stadt Wien zu verbleiben.

In den Sommermonaten haben sich viele junge Mädchen zum Eintritt in die Krankenpflegeschulen gemeldet, was das zunehmende Interesse unserer Jugend an dieser Berufssparte bekundet. Durch die Neuregelung des Krankenpflegefachdienstes ist diese Berufsgruppe ganz besonders gesetzlich geschützt und durch viele neue Spezialfächer die Möglichkeit des Wirkens auf den verschiedensten Fachgebieten der Medizin gegeben.

Im Laufe des heurigen Jahres zeigte es sich, daß die Vereinbarungen, die im Sommer 1960 mit den Wiener Spitalsärzten getroffen wurden, sich im großen und ganzen sehr günstig für die betroffenen Ärzte ausgewirkt haben.

Viel Ärzte wurden in ein festes Vertragsverhältnis übernommen, fast 60 neue zusätzliche Assistentenstellen wurden geschaffen.

Noch einige Worte über die Verpflegung: Bei einer Überprüfung durch das Kontrollamt wurde festgestellt, daß in einigen Anstalten die Verköstigungsquote nicht voll ausgeschöpft und Einsparungen gemacht wurden. Es war üblich, daß die Küchenleitungen im Verlauf der Monate geringe Beträge einzusparen versuchten, um für Feiertage besonders im Dezember für Nikolo und Weihnachten gewisse Reserven zu haben. Dies ist jetzt weggefallen, da sich nach einer Besprechung der Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik bereiterklärt hat, alljährlich für diese Zwecke einen bestimmten Betrag zu bewilligen.

In dem Bestreben, den Patienten in unseren Krankenanstalten auch eine Wahlkost zu ermöglichen, wird derzeit eine der modernsten Einrichtungen der Spitalsküchenanlage geprüft, in welchen tiefgekühlte Lebensmittel bereits portioniert auf den einzelnen Stationen dem Patienten zur Auswahl gestellt werden. Dies würde auch eine Entlastung des gesamten Personals, besonders des Küchenpersonals, am freien Wochenende mit sich bringen.

Der Aufwand für Medikamente in den städtischen Krankenanstalten zeigt jährlich eine steigende Tendenz. Von der Stadt Wien werden den Ärzten keine Verbote bezüglich der Verordnung von Medikamenten gesetzt, sodaß unseren Patienten alle Medikamente, auch die teuersten Medikamente stets zur Verfügung stehen. Durch die Möglichkeit der Durchführung von Operationen auch bei schwierigsten Fällen ist oft der Einsatz großer Mittel zur Operationsvorbereitung und Blutersatz erforderlich. So wurden zum Beispiel allein von einer chirurgischen Abteilung in einem Monat 130.000 Schilling nur für Blutersatz ausgegeben. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß die Stadtverwaltung keine Kosten scheut, um den Patienten die bestmögliche Therapie zu gewährleisten. Bezüglich der Vorratshaltung von Medikamenten auf den Abteilungen wurden die Anstaltsapotheker angewiesen, daß nur jene

Medikamente außerhalb der Apotheke vorrätig gehalten werden, welche den dringlichen Bedürfnissen entsprechen. Daß im heurigen Jahr eine größere Menge von Arzneimitteln vernichtet werden mußte, ist vor allem auf den Auftrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zurückzuführen, der bestimmte, daß die Medikamente, die aus Nachkriegshilfslieferungen stammten, nicht mehr verwendet werden dürfen.

Nach den Ansätzen des Voranschlagentwurfes 1962 stehen für das Wiener Städtische Gesundheitswesen 1.221,292.100 Schilling zur Verfügung, denen an Einnahmen 565,737.100 Schilling gegenüber stehen. Das sind ca. 46,3 Prozent der präliminierten Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgabensätze neuerlich um nahezu 130 Millionen Schilling erhöht.

Stadtrat Dr. Glück dankte abschließend allen Mitarbeitern, allen Ärzten und Schwestern, allen Angestellten und Arbeitern in den zentralen Dienststellen und auch in all unseren Spitälern und Anstalten, in den Altersheimen und Lehrlingsheimen für ihre geleistete Arbeit.

(Ende des Referates)

Die Beratungen über die Gruppe VI, Bauangelegenheiten (Referent: Stadtrat Heller), beginnen morgen, Samstag, bereits um 8.30 Uhr.

- - -

80 Puppen fanden zu ihren Pflegemüttern  
=====

15. Dezember (RK) 80 Puppen, die gestern noch im Lagerraum eines Spielwarengeschäftes darauf warteten, als Weihnachtsgeschenke Freude zu bereiten, fanden schon heute ihre kleinen Mütter. Das Jugendamt der Stadt Wien lud in die Repräsentationsräume des Rathauses aus allen Bezirken Pflegekinder der Stadt Wien ein, um jedem mit der Überreichung einer Puppe besondere "fürsorgerische" Verpflichtungen aufzuerlegen. Das Jugendamt verfolgt mit diesem Geschenk pädagogische Ziele, nachdem es bereits seit mehreren Jahren mit den Puppenadoptionen die besten Erfahrungen gemacht hat.

Die Puppenbescherung wurde von Stadtrat Maria Jacobi im Beisein mehrerer weiblicher Mitglieder des Gemeinderates sowie des Leiters des Jugendamtes der Stadt Wien, Senatsrat Prof. Tesarek, und des Zentralinspektors der städtischen Kindergärten, Obermagistratsrat Dr. Kothbauer, vorgenommen. Stadtrat Maria Jacobi ermahnte die angehenden Puppenmütter, die ihnen anvertrauten Kinder gut zu pflegen und pünktlich zu den Kontrollen in den Puppen-Beratungsstellen des Jugendamtes zu erscheinen. Wenn sie sich als Puppenmütter gut bewähren, dürfen sie später ihre Schützlinge ganz behalten.

Drei erfahrene Puppenpflegerinnen aus den städtischen Horten gaben ihnen einige nützliche Ratschläge über den Umgang mit Puppen. Die vorweihnachtliche Feier im Rathaus wurde dann durch Gesangsdarbietungen eines Hernalser Hortes sowie des Chores der Schülerinnen der städtischen Kindergärtnerinnenschule stimmungsvoll umrahmt.

- - -